

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 14.7.2011.

Abgelehnt wurde die Aktualität einer Anfrage von Herrn Laubenburg zu Vorkommnissen in der Altstadt-Wache. Abgelehnt wurde von CDU, FDP, Freien Wählern, die Tagesordnung so zu verändern, dass gemeinsame Anträge zu Beginn behandelt werden.

Aktuelle Anfragen

Ratsherr Laubenburg fragte nach den Kontakten zu **Rheinmetall** vor dem Hintergrund der beabsichtigten Rüstungsexporte nach Saudi Arabien. Die Verwaltung erläuterte, dass die Rheinmetall Immobilien GmbH wegen der Vermarktung der Immobilien in Derendorf Kontakt zur Wirtschaftsförderung hat und Partner bei Immobilienmessen war.

Die freien Wähler fragten nach **dem Polizeieinsatz zur Überwachung eines Sexualstraftäters**. Hierüber liegen der Stadt keine Informationen vor. Sie hat unmittelbar mit Bekanntwerden des Aufenthalts einen Antrag nach Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz gestellt.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zum **Altstadtpflaster** erläuterte die Verwaltung, dass in der Mertensgasse aufgrund handwerklicher mangelhafter Ausführung 15 von 7100 Steinen im Rahmen der Mängelbeseitigung ausgetauscht wurden. Anfang Mai festgestellte Mängel an der Bergerstraße resultierten nach einem Gutachten aus nicht vertragsgemäß ausgeführten Fugenfüllstoffen. Wegen der intensiven Reinigung wird eine Kunstharzfuge verwendet. Der Gutachter hatte bestätigt, dass Bauausführung und Material grundsätzlich der in der Altstadt erwarteten Belastung standhält. Nachdem Anfang Juli wiederum Schäden in der Berger Straße festgestellt wurden, wurde erneut ein Gutachten beauftragt. Bis zu dessen Vorlage werden die derzeitigen Arbeiten fertiggestellt, allerdings ohne Ausführung von Kunstharzfugen, und keine weiteren Baustellen neu eingerichtet.

Anfragen

CDU und FDP fragten nach der Förderung zum Einsatz von **Energiesparbeleuchtung**.

Die Verwaltung erörterte, dass Fördermittel aus dem Programm „energieeffiziente Stadtbeleuchtung“ für die Umsetzung des Masterplans energieeffiziente Straßenbeleuchtung eingesetzt werden. Aus dem Programm „Klimaschutztechnologie bei der Stromnutzung“ wird die Umrüstung von Quecksilberdampfleuchten in Höhe von 500.000 Euro mit 40 % bezuschusst. Der Bewilligungsbescheid wird in diesem Jahr erwartet. um die Umrüstung von Quecksilberdampfleuchten durchzuführen. Für weitere Erneuerungsmaßnahmen stehen im Haushalt 2011ff keine Mittel zur Verfügung. Deshalb wird z Zt. Geprüft, ob ggf. die Inanspruchnahme von Förderkredite der KW möglich ist. Im Haushalt waren hierfür 20 Mio Euro Kreditaufnahmen vorgesehen.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur **Barrierefreiheit** der Kirmes führte die Verwaltung aus, dass weder aufgrund der Gewerbeordnung noch der Vorschriften für fliegende Bauten Auflagen zur Barrierefreiheit gemacht werden können. Da die Kirmes auf dem Überschwemmungsgebiet stattfindet, ist eine feste Oberflächenversiegelung nicht möglich. Behindertengerechte WC-Anlagen werden an den beiden Eingängen sowie in der Mitte des Geländes eingerichtet. Unterhalb der Rheinkniebrücke wird ein Behindertenparkplatz eingerichtet, der auch personell betreut wird. Nachdem in diesem Jahr sicherheitstechnische Belange im Vordergrund stehen, sollen für das nächste Jahr Vereinbarungen getroffen werden mit dem Ziel, barrierefreie Zuwegungen zu den Fahrgeschäften einzurichten, sofern dies technisch möglich und finanziell vertretbar ist. Auf eine weitere Frage kündigte die Verwaltung an, dass im Zuge der Pflasterungen in der Altstadt ein Blindenleitsystem mit taktilen und optischen Leitstreifen vom ÖPNV-Punkt Heinrich-Heine-Allee bis zum Rathaus eingerichtet wird.

Die SPD fragte, welche Strategie Düsseldorf in Bezug auf die **Regionalpolitik** verfolgt. Der Verwaltung erläuterte, dass es unabhängig von den Gesprächen im Zuge der Aufstellung eines Regionalplanes Arbeitsgespräche zur Siedlungsentwicklung in und um Düsseldorf gibt. Im Mai wurde ein Arbeitskreis „Großregion – Kooperation für eine gemeinsame Raumentwicklung KOGERE“ mit den Städten Krefeld, Mönchengladbach, Solingen, Wup-

pertal, Remscheid Duisburg und den Kreisen Viersen, Mettmann, Neuss eingerichtet. Hier sollen regionale Konzepte, insbesondere zur Wohnbaulandentwicklung erarbeitet werden. Erste Ergebnisse sollen bis Ende 2011 vorliegen. Wohnbauflächen sollen auf den ÖPNV ausgerichtet werden. Auf Nachfrage führte der Oberbürgermeister aus, dass er mit dem Oberbürgermeister von Köln, Herrn Rothers, sowie den Präsidenten der Industrie- und Handelskammern im Dialog ist. Auf das Thema Metropolregion wird hingearbeitet, die Metropolregion steht aber am Ende des Prozesses.

Eine Anfrage von BÜ 90 beschäftigte sich mit der Umsetzung der zentralen **Maßnahmen des Luftreinehalteplanes**. Die Verwaltung erläuterte den Sachstand zahlreicher Einzelmaßnahmen: Die Busflotte der Rheinbahn wird kontinuierlich umgerüstet, 262 von 491 Fahrzeugen der Rheinbahn und ihrer Subunternehmen haben die grüne Plakette. Es sind bisher 10 Hybridbusse im Einsatz. Um CarSharing weiter voranzubringen, ist eine Änderung der Straßenverkehrsordnung notwendig, damit Stationen im öffentlichen Straßenraum eingerichtet werden können. Die Baustellenlogistik wird durch Auflagen bei den Baugenehmigungen verbessert. Um zu entscheiden, ob die Dienstleistungen der SAGA auf Bürogebäude ausgedehnt werden können, soll untersucht werden, wie diese Zielgruppen erreicht werden können. Der städtische Fuhrpark wurde weitestgehend mit Partikelfiltern nachgerüstet. Um den Verkehr zu verflüssigen, wird das Parken in 2. Reihe mit oberster Priorität überwacht. AWISTA führt die Abfallentsorgung an den Hauptverkehrsstraßen zwischen 10 und 14 Uhr durch. Straßenbegrünung wurde probeweise in der Corneliusstraße durchgeführt, ein weiteres Pflanzkonzept ist in Abstimmung. Um Hotelschiffe mit Strom zu versorgen, wurde ein Konzept entwickelt, das in Bezug auf Finanzierung, Organisation und Zuständigkeit in der Diskussion ist. Die Frage nach Konsequenzen aus der Kritik an der mangelhaften Überwachung der Maßnahmen des Luftreinehalteplans beantwortete die Frage mit den Zahlen der Bußgeldverfahren: 11.879 (2009), 5.337 (2010), 2.826 (bis 30.6.2011). Das LKW-Durchfahrtsverbot wird durch die Polizei überwacht.

Bericht über den Eurovision Song Contest 2011

Die Verwaltung informierte den Rat darüber, dass sich die Gesamtkosten der Veranstaltung auf ca. 9,26 Mio belaufen und damit rd. 620.000 Euro unterhalb des Budgets von 9,8 Mio bleiben. Insgesamt fanden 86 offizielle Veranstaltungen im Rahmenprogramm statt. Die Anfragen für Veranstaltungen bei Düsseldorf Congress sind bereits deutlich gestiegen.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtete, dass die Kosten im Rahmen liegen. Zeitverzögerungen beim Kanalbau in der Berliner Allee können aufgefangen werden. Es wurde die Herausnahme des Schienenverkehrs aus der Hofgartenstraße im Zuge des 2. Bauabschnittes besprochen.

Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahnlinie

Die Verwaltung berichtete über den Stand der Arbeiten. Die Tunnelvortriebsmaschine hat den Bahnhof Shadowstraße erreicht. Auf dem Weg vom Corneliusplatz gab es nur geringfügige Setzungen. Zeitverzug gibt es im Bereich der Bohrungen unterhalb des Kaufhofes, allerdings soll dies keine Auswirkung auf die geplante Inbetriebnahme haben.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der Linken, an die Schulen zu appellieren, **keine Jugendoffiziere** der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken einzuladen und die Verwaltung aufzufordern, Schüler, Eltern und Lehrer über ihre Einspruchsrechte beim Auftritt von Vertretern der Bundeswehr zu informieren, wurde von CDU, FDP, freien Wählern, SPD, BÜ 90 abgelehnt. Ein Änderungsantrag von Rats Herrn Laubenburg fand keine Unterstützung.

Der Antrag der Linkenfraktion, ein Konzept für einen **Bürger-Haushalt** zu entwickeln und dem Rat zur nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen, wurde zurückgezogen, nachdem Herr Stadtdirektor und Kämmerer Abrahams zugesagt hatte, dass die Verwaltung im Laufe des Jahres 2012 das Thema aufgreifen wird, zuvor jedoch mit den Gesamtabschluss für den Konzern Stadt personell ausgelastet ist.

Der Antrag von SPD, BÜ 90, Linksfraktion, die Kampagne „Steuer gegen Armut“ und die Forderung zahlreicher kirchlicher und gesellschaftlichen Organisationen zu unterstützen, eine **Finanztransaktionssteuer** von 0,05 Prozent auf Finanztransaktionen einzuführen, wurde von CDU und FDP mit dem Hinweis abgelehnt, dass die Bundestagsfraktionen entsprechende Aktivitäten des Bundesfinanzministers unterstützen mit der Maßgabe, dass dies nicht zu einer Schwächung des Finanzstandortes Deutschland führen darf (Enthaltung freie Wähler).

Der Antrag der SPD, die Aufsichtsratsmitglieder in städtischen Tochterunternehmen aufzufordern, Regelungen zu treffen, dass diese ebenso wie Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter bei allen Flügen einen Ausgleich zur Kompensation der damit verbundenen Treibhausgasemissionen an **„atmosfair“** zu leisten, wurde von CDU, FDP, freien Wählern abgelehnt mit dem Hinweis, dass dies die jeweiligen Aufsichtsratsmitglieder selbst in die Gremien einbringen können.

Der Antrag von BÜ 90, das **Bildungs- und Teilhabepaket auch auf alle Flüchtlingskinder** auszudehnen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, wurde von CDU, FDP, freien Wählern abgelehnt, weil man nicht bereit ist, ausbleibende Bundesmittel zu ersetzen. Aufgrund eines Erlasses des Landes können bisher nur Kinder und Jugendliche Leistungen nach Bildungs- und Teilhabepaket erhalten, wenn sie sich länger als vier Jahre in Deutschland aufhalten. Die Verwaltung teilte mit, dass es sich um rd. 170 Kinder und Jugendliche handelt, die von Leistungen ausgenommen sind. Auch der Ergänzungsantrag, die Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz über ihren neu entstandenen Leistungsanspruch zu informieren, wurde abgelehnt.

Der Antrag von BÜ 90, einen verlässlichen **Rahmen für Initiativen, die selbst genutztes Wohneigentum** im Rahmen einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder Genossenschaft errichten wollen, zu geben und ein Konzept vorzulegen, wurde von FDP, CDU, freien Wählern abgelehnt (Enthaltung Linksfraktion, Laubenburg) Die FDP meinte, dass die Verwaltung an einem Handlungskonzept arbeitet, das bis Jahresende vorgelegt wird, während die CDU keinen Handlungsbedarf sieht, weil die Wohnberatung im Wohnungsamt liegt und die Organisationsstruktur da ist.

Der Antrag von BÜ 90, ein **Social Media Konzept** zu erstellen, mit dem Ziel eine breitere Beteiligung und größere Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern zu realisieren, das Verwaltungshandeln transparenter zu machen und Dienstleistungen bzw. Services zu optimieren, wurde von CDU, FDP, freien Wähler abgelehnt, Enthaltung Linke und Laubenburg.

Der Antrag der SPD, für den **Standort des ehemaligen Straßenbahndepots „Am Steinberg“** ein Folge-Nutzungskonzept unter Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie der Interessengruppen im Rahmen eines Werkstattverfahrens zu erarbeiten, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Auch ein Änderungsantrag von BÜ 90, ein Konzept für Nutzungsmöglichkeiten und deren Finanzierung vorzulegen, dieses im Rahmen von AkteurInnen-Konferenzen zu diskutieren wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt, Enthaltung Linke und Laubenburg. Mit den Stimmen von CDU, FDP wurde ein Antrag dieser Fraktionen beschlossen, durch den die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, welcher neuen Nutzung das Gelände zugeführt werden kann und welche Finanzierungsmöglichkeiten dabei zur Verfügung stehen. Geprüft werden soll, wie in den Hallen des Betriebshofes für Absolventen der Kunstakademie geschaffen werden könnten, die diesen im Rahmen eines zweijährigen Aufbaustudiengangs zur Verfügung gestellt würden. Es soll geprüft werden, inwieweit die Kosten durch das Land übernommen werden. Ferner soll die Nutzung eines Teilbereichs als Standort für historische Straßenbahnen geprüft und die Kosten hierfür ermittelt werden. Weiterhin soll die Verwendung des Außengeländes für den Wohnungsbau geprüft werden.

Abgelehnt wurde ein Antrag der Linken, den Bundestag aufzufordern, das **Asylbewerber-**

leistungsgesetz abzuschaffen und ein Grundsicherung für alle Bedürftigen zu gewährleisten, wurde von SPD, CDU, FDP abgelehnt, Enthaltung freie Wähler.

Personalien

Der Rat

- wählte einstimmig (bei einer Enthaltung) den Beigeordneten Burkhard Hintzsche mit Wirkung vom 1.1.2012 für weitere 8 Jahre zum Beigeordneten;
- wählte Franz Schmalbach als Vertreter in den Ausschuss des Deichverbandes Neue Deichschau Heerdt;
- wählte auf Vorschlag der Arbeitnehmer Herbert Kleber zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtparkasse sowie Stephan Hoffmann und Peter Piepenburg als stellvertretende Mitglieder;
- wählte Dr. Claus Henning Rolfs anstelle von Günter Ostermeier in den Vorstand des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes;
- wählte die Mitglieder des Aufsichtsrats der Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf mbH (GED), die SPD ist vertreten durch Markus Raub;
- ersetzte im Aufsichtsrat der Rheinbahn AG Herrn Stadtdirektor Abrahams durch den Beigeordneten Dr. Stephan Keller;
- entsandte Dr. Stephan Keller in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Vertreter ist Stadtdirektor Abrahams;
- ersetzte im Beirat der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH Herrn Prof. Dr. Heiko Schneitler durch Herrn Dr. Klaus Göbels;
- nahm auf Wunsch von BÜ 90 eine Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland vor.

Der Rat verlieh **Förderpreise**

- für bildende Kunst an den Maler Tobias Hantmann und den Fotograf Jürgen Staack (Enthaltung Linksfraktion),
- für Musik an den Jazzpianisten Sebastian Gahler und die Band Stabil Elite,
- für Literatur an den Kritiker Philipp Holstein (Enthaltung Linksfraktion)
- für darstellende Kunst an den Choreographen Ben J. Riepe;
- für Wissenschaften an Dr. Björn Scheuermann, der als Juniorprofessor eine Forschungsgruppe am Institut für Informatik an der Heinrich-Heine-Universität leitet.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm den Bericht über die **Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturpakets II** zur Kenntnis (Enthaltung Linksfraktion). Bis zum 6.6. wurden 40 Mio Euro des 50 Mio umfassenden Programms abgerufen. 55 von 154 Maßnahmen sind mit der Bezirksregierung abschließend abgewickelt. Insgesamt 7 Maßnahmen (davon 3 von freien Trägern) werden als zeitkritisch bewertet, denn bis 31.12.2011 müssen alle Projekte beendet und abrechnet werden.

Der Rat beschloss gegen Linke und Laubenburg, die viergruppige städtische **Kindertageseinrichtung Zeppenheimer Weg 7i** zum 1.10.2011 in die Trägerschaft der Kaiserwerther **Diakonie** als Dependance der Tageseinrichtung Geschwister-Aufricht-Straße zu übergeben. Die städtischen Mitarbeiter/innen werden in die geplante Tageseinrichtung in Wittlaer/Einbrungen umgesetzt.

Der Rat nahm den Jahresabschluss 2010 der **Stadtparkasse Düsseldorf** zur Kenntnis. Er beschloss einstimmig, dass ein Teilbetrag des Bilanzgewinns in Höhe von 9 Mio Euro (Vorjahr 3 Mio) an die Stadt abgeführt und der Restbetrag in Höhe von 3,15 Mio (Vorjahr rd. 6,4 Mio) der Sicherheitsrücklage der Stadtparkasse zugeführt wird. Vorstand und Verwaltungsrat wurden einstimmig entlastet (Enthaltung Laubenburg).

Der Rat nahm den **Bericht zu den Maßnahmen zur Wahrung der Belange der Menschen mit Behinderung** für den Zeitraum von 2008 bis 2010 zur Kenntnis.

Der Rat nahm gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion und Laubenburg den **Bericht des Instituts für Denkmalschutz und Denkmalpflege** für das Jahr 2010 zur Kenntnis. Vertreter von SPD, BÜ 90 sowie Ratsherr Laubenburg wiesen den Bericht zurück, der ausgesprochen kurz auf die Thematik des Schauspielhauses (Urheberrecht) eingeht und das Thema Tausendfüßler völlig ausklammert.

Der Rat stimmte einstimmig der dauerhaften Umsetzung des bisher als Projekt geführten **„Düsseldorf Obdach Plus“** und der entsprechenden Verwendung der Mittel von 200.000 Euro zu. Die bisher befristeten beiden Stellen werden dauerhaft eingerichtet. Durch das Obdach Plus wurden seit Oktober 2007 obdachlose Menschen mit psychiatrischen Problemen versorgt.

Der Rat beschloss einstimmig eine neue **Satzung über die Beiträge für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, Tagespflege und im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich**. Da nun im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets die über den Selbstbehalt hinausgehenden Kosten der Mittagsverpflegung übernommen werden, ist eine kommunale Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen in Form der 50 %igen Reduzierung des Verpflegungsentgeltes nicht mehr erforderlich.

Der Rat beschloss (bei Enthaltung der freien Wähler) **neue Taxitarife**. Der Preis von 5,50 Euro gilt nun für 1400 m (vorher 2000 m), der km-Preis wird von 1,70 auf 1,80, das Wartezeitentgelt von 24 auf 30 Euro je Stunde erhöht. Der Pauschalpreis für die Strecke zwischen Messe und Flughafen wird von 13 auf 15 Euro erhöht, der Großraumzuschlag von 3 auf 7 Euro.

Der Rat nahm die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur **Lärmaktionsplanung** zur Kenntnis und beschloss die Aufstellung des Lärmaktionsplans (gegen BÜ 90, Enthaltung Linksfraktion, Laubenburg). Ein Ergänzungsantrag der SPD, den Plan alle zwei Jahre fortzuschreiben, den Verkehrsentwicklungsplan sowie den Masterplan Reduzierung des Straßenverkehrslärms fortlaufend den Zielen des Lärmaktionsplans anzupassen und die Grenzwerte von 65 dba tags und 55 nachts beim nächsten Aktionsplan einzuhalten sowie mittelfristig die Zielwerte von kleiner als 55 bzw. 45 dba einzuhalten, wurde von CDU, FDP abgelehnt, bei Enthaltung der Linksfraktion. Ein Änderungsantrag von BÜ 90 wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt. Es sollten zusätzliche Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptverkehrsstraßen in Erwägung gezogen werden, Maßnahmen vorgezogen werden, die eine Veränderung der Verkehrsmittelwahl erreichen und an stark belasteten Straßenabschnitten Maßnahmen ergriffen werden, auch wenn weniger als 50 Anwohner betroffen sind.

Der Rat stimmte einstimmig einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt für das **„LVR-Zentrum für Medien und Bildung – Medienzentrum“** zu. Der früher festgelegte Kostenschlüssel von 52 % LVR und 48 % Stadt Düsseldorf wird nun durch eine Pauschalzahlung durch die Stadt in Höhe von 700.000 Euro ersetzt.

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion und Laubenburg den Beitritt zum **Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit e.V.** Hier soll die Vernetzung der im Bereich der kommunalen Kriminalprävention arbeitenden Kommungen, Behörden und Institutionen gefördert werden.

Investitionen

Der Rat

- stimmte einer Änderung des Bau- und Finanzierungsbeschlusses zum Bau der **Wehrhahn-Linie** vom 17.9.2007 mit einer Erhöhung der Gesamtkosten von 650 Mio auf 748 Mio Euro brutto zu. Dies führt zu einer Erhöhung des Eigenanteils der Stadt von 193,7 auf 237,8 Mio Euro. Die Erhöhung der Kosten resultiert aus Hindernissen im

Baugrund (massiver Betonbalken in der Kasernenstraße), von den Bestandsplänen abweichende Fundamentunterkanten und Leitungen sowie aus der zusätzlichen Rohrschirmdecke am jüdischen Friedhof in der Kasernenstraße (gegen Linke und Laubenburg).

Der Rat beschloss einstimmig

- die Ausführung und Finanzierung des **Erschließungssystems Franziusstraße** mit Gesamtkosten von 2,3 Mio Euro. Bisher wurden die im Eigentum der Stadtwerke befindlichen Flächen durch die Stadtwerke vorfinanziert, wobei nach Fertigstellung der Straßenbauarbeiten die Verkehrsflächen an die Stadt abgetreten und ein Anteil von 30 % der Gesamtkosten in Rechnung gestellt werden sollte. Aufgrund des zögerlichen Baufortschritts der Hochbauten konnten die Straßenbaumaßnahmen nur mit Unterbrechungen fortgeführt werden. Nunmehr werden die Verkehrsflächen an die Stadt übertragen und die Restarbeiten in der Franzius-, Holz- und Hammer Straße durch die Stadt finanziert, Baubeginn im September 2011, Fertigstellung April 2012. In der Franziusstraße soll die Linie 704 auf einen separaten Straßenbahngleiskörper geführt werden. Die ursprünglich geplante Grünfläche mit Brunnenfontänen im Bereich der geplanten Straßenbahnhaltestelle wurde durch einen Platz mit Bäumen ersetzt. Für die Kosten der Umplanung zahlt der Investor des benachbarten Gebäudes ca. 70.000 Euro. Im Bereich des ehemaligen Hafenamtes wird ein Taxistand für 5-6 Taxen angelegt, wobei der Taxistand in der Hammer Straße zugunsten einer neuen Bushaltestelle aufgehoben wird.
- die Ausführung und Finanzierung des **Brandschutzkonzeptes für das Kinderhilfzentrum** Eulerstraße mit Gesamtkosten von 4,2 Mio Euro. Nachdem bereits eine Brandmeldeanlage mit Aufschaltung auf die Feuerwehr installiert und Rettungswege hergerichtet wurden, zielt das jetzt beschlossene Konzept auf die Verhinderung der Ausbreitung eines Brandes. Deshalb werden Türen und Öffnungen mit Brandschutztüren versehen und der Feuerwiderstand der Treppenhauswände verbessert. Tragende Bauteile werden mit Brandschutzplatten bekleidet oder durch Anstrich geschützt. Rauchmelder und Deckdurchgänge werden ertüchtigt, nicht benötigte Leitungen entfernt und eine elektronische Schließanlage eingebaut, Baubeginn ist im Januar 2012, Fertigstellung bis Dezember 2013 vorgesehen.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- Sanierung des Schulgebäudes Steinkaul 27 und Errichtung eines Ersatzneubaues, um die sich auch aufgrund der Neubaugebiete abzeichnenden Schülerzahlen aufnehmen zu können. Der 2. Bauabschnitt, der einen weiteren Klassenraum, Mehrzweckräume, Werkraum, EDV-Raum, Küche mit Mensa und einen Raum für die Ganztagsbetreuung beinhaltet, soll zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden, da diese Erweiterungsfläche erst nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes und dem sich daran anschließenden Umlegungsverfahren zur Verfügung stehen wird. Eine wünschenswerte Gymnastikhalle wird nur städtebaulich im Rahmen der Grundstücksgröße berücksichtigt. Die Kosten werden mit 4,2 Mio veranschlagt, Baubeginn ist im 3. Quartal 2012, Fertigstellung im Dezember 2013 vorgesehen.

Baurecht

Der Rat beschloss

- den Bebauungsplan **Elbsee/Wellnessanlage**. Am Ostufer des Elbsees wird eine 20.450 qm große Fläche, auf der früher das Verwaltungsgebäude des Elbsee-Kieswerkes stand, als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Wellness-Anlage ausgewiesen. Das Baurecht erstreckt sich nicht auf die Wasserfläche und schafft keine Grundlagen für Anlagen, die auf die Wasserfläche des Sees ragen. Für Stege oder Plattformen sind wasserrechtliche Genehmigungen erforderlich. Ein Baden im See wird auch im Bereich der Wellness-Anlage nicht zugelassen. Das zu errichtende Gebäude wird zweigeschossig sein mit einer maximalen Höhe von 10 Metern. Es sind ca. 290

- Stellplätze geplant, hiervon sind 60 als Carports mit begrünten Dächern anzulegen. Eine Verbesserung der Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr ist zunächst nicht geplant. Evt. wird der Betreiber einen Busshuttle zu den S-Bahn-Haltestellen einrichten (gegen Linksfraktion, Laubenburg);
- eine Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für ein 244 ha großes Plangebiet **„beiderseits Grütersaaper Weg“**. Eine Teilfläche von 203 ha umfasst das ehemalige Truppenübungsgelände, das zum Verkauf stand. Wegen der besonderen Bedeutung für die Naherholung soll die Begehbarkeit und Erlebbarkeit der Landschaft für die Bevölkerung gesichert werden. Ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan mit dieser Zielsetzung wurde bereits gefasst. Mit der Satzung besteht im Falle eines Verkaufs die Möglichkeit, das vorhandene Wegenetz zu sichern. Aufgrund des durchgängigen Wegenetzes gibt es kaum Flurstücke, die nicht betroffen sind, sodass sich die Satzung auf das Gesamtgebiet bezieht (einstimmig).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**